

FreiBrief aus Berlin

2/2015



Sehr geehrte Damen und Herren,

von einer guten Wirtschaftsentwicklung hängt auch der politische Handlungsspielraum einer Regierung ab. Der in der letzten Woche vorgestellte Jahreswirtschaftsbericht zeigt: Deutschlands Wirtschaft steht aktuell gut da. Dennoch bedarf es guter Rahmenbedingungen, die auch den Standort Deutschland von Morgen zukunftsfest machen. Vor diesem Hintergrund wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Stärkung der Wirtschaft in den Mittelpunkt der Arbeit in diesem Halbjahr setzen. Ein weiteres wichtiges Thema ist uns die Entbürokratisierung des Mindestlohnes. Das Mindestlohngesetz war ein Prestigeprojekt unseres Koalitionspartners. Allerdings erfahre ich durch viele persönlichen Gespräche und Zuschriften von unseren kleinen und mittelständischen Betrieben, welchen Aufwand das Gesetz, beispielsweise durch die Dokumentationspflichten über die tatsächliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer, verursacht. Hier gilt es an verschiedenen Stellschrauben nachzujustieren, um der Wirtschaft nicht noch mehr Bürokratie aufzubürden.

In den nächsten zwei Wochen stehen neben einer Dienstreise nach Albanien auch die Fasnachtstage auf dem Programm. Anschließend werde ich sowohl in Donaueschingen als auch in Spaichingen (Landkreis Tuttlingen) bei den CDU-Stadtverbänden am politischen Aschermittwoch teilnehmen. Auf diese Termine freue ich mich ganz besonders. Es wäre schön, wenn wir uns da treffen würden.

Herzlichst

INHALT

<i>Bericht aus Berlin</i>	1
<i>Aktuelles aus dem Wahlkreis</i>	3
<i>Nächste Bürgersprechstunde am 19. Februar 2015</i>	5
<i>Eine Milliarde Euro für die Berufseinstiegsbegleitung – Schulen im Schwarzwald-Baar-Kreis profitieren ab März 2015 von ESF-Bundesprogramm</i>	5
<i>Mehrgenerationenhäuser benötigen tragfähige Rahmenbedingungen</i>	6
<i>Digitalisierung fängt mit IT-Sicherheit an</i>	6
<i>Erfolgreicher Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg</i>	6

www.thorsten-frei.de



Bericht aus Berlin

Unsere Werte und unsere Freiheit stehen nicht zur Disposition

Kaum ein Thema hat die Medien und auch die Menschen in unserem Land in den letzten Monaten so sehr bewegt und in Diskussionen gezogen wie das PEGIDA-Phänomen in Dresden und seine Ableger anderorts. Spätestens jedoch der feige Terroranschlag auf die Redaktion der französischen Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ Anfang Januar hat bei uns eine gesamtgesellschaftliche Diskussion ausgelöst. Auch im Deutschen Bundestag haben wir die Ereignisse in Paris und seine Folgen ausgiebig diskutiert. Um eines deutlich zu machen: Unsere demokratischen und freiheitlichen Werte sind unantastbar. In dieser Hinsicht haben die Attentäter etwas erreicht, was sie in dieser Form sicherlich nicht bedacht haben. Europa ist trotz aller Schwierigkeiten in Wirtschafts- und Finanzfragen bei den Themen Schutz der europäischen Wertegemeinschaft sowie Sicherheit der eigenen Bürger geeinter denn je. Wir lassen Sie uns nicht durch Intoleranz und Hass einschüchtern. Selbst dann nicht, wenn uns nicht jedes Ergebnis, einer legitimen Ausnutzung der Freiheitsrechte gefallen mag. Ja, man kann streiten über die Karikaturen in der Zeitschrift „Charlie Hebdo“. Man kann sie mögen oder auch nicht. Aber es muss sie geben dürfen. Meinungs- und Pressefreiheit sind wesentliche Grundlage für unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaft.

Die Gefahr einer Islamisierung Deutschlands ist eine Scheingefahr

Darum warne ich bei der Bewertung der Attentate auch davor, einen zu engen Zusammenhang zu Pegida zu sehen. Leider haben einige, den Pegida-Kundgebungen nahestehende Politiker allzu schnell ihre Schlüsse gezogen. Ihre Auffassung zur Gefahr der fortschreitenden Islamisierung des Abendlandes teile ich nicht. Vor allem erkenne ich beim besten Willen kein Massenphänomen. Pegida mit nunmehr nicht einmal mehr 20.000 Teilnehmern in Dresden, wenigen Hundert Teilnehmern in anderen Städten und

noch viel weniger in Villingen-Schwenningen stellt nicht, wie von den Organisatoren oft dargestellt, die Mehrheit der Bevölkerung dar. Das bedeutet nicht, dass die mit den stillen Märschen zum Ausdruck kommenden Sorgen unberechtigt sind. Natürlich muss sich Politik damit ernsthaft auseinandersetzen. Aber zumindest bis vor kurzem haben sich die Verantwortlichen jedem Dialog entzogen und das Licht der Öffentlichkeit gemieden. Richtig ist auch, dass viele der angesprochenen Probleme ohnehin bereits im politischen Raum diskutiert und behandelt werden – seien es beschleunigte Asylverfahren, sei es die Verhinderung von Sozialmissbrauch oder aber auch die Diskussionen über die Einschränkung der Freizügigkeit und die Strafbarkeit beim konkreten Verdacht auf Unterstützung von extremistischen Islamisten.



Schutz von Flüchtlingen ist unser Bekenntnis zur christlichen Nächstenliebe

Dennoch sind wir uns sicherlich einig, dass wir Menschen auf der Flucht vor politischer Verfolgung und Krieg schon als Zeichen unserer christlichen Nächstenliebe helfen müssen. Das ist ein Ausdruck von Menschlichkeit, den wir uns nicht absprechen lassen sollten. Auch sind wir uns als Gesellschaft einig, dass wir die Einwanderung allein aus wirtschaftlichen Gründen, insbesondere zur Ausnutzung unserer Sozialsysteme ablehnen, weil wir uns dies schlichtweg nicht leisten können. In diese Richtung haben wir in jüngster Vergangenheit viel bewegt und erreicht. Wir haben beispielsweise erst kürzlich einige weitere Länder des westlichen Balkans als sog. „sichere Herkunftsstaaten“ eingestuft, so dass Asylverfahren schneller abgeschlossen werden können. Dies ist vernünftig, zumal die Ab-

lehnungsquote von Migranten aus diesen Ländern ohnehin bei knapp 100 % lag. Wir haben einen ressortübergreifenden Staatssekretärsausschuss eingerichtet, um den Missbrauch von Sozialleistungen durch EU-Bürger zu verhindern. Die daraus abgeleiteten Ergebnisse greifen zum Teil schon jetzt. Ebenso diskutieren wir effektive Möglichkeiten, die Einreise von Menschen in unser Land zu verhindern, die eine Gefahr für die Bürger darstellen könnten. Und sicherlich werden uns die Debatten über weiteren Handlungs- und Diskussionsbedarf auch noch in den kommenden Monaten beschäftigen.

[Deutschlands Zukunft hängt von qualifizierte Zuwanderung ab](#)

Pegida selbst leistet in diese Richtung aber kaum einen substanziellen Beitrag. Vielmehr nehme ich Pegida vor allem als diffus und unkonkret war. Es ist ein regionales Phänomen, was insbesondere der Blick in die anderen deutschen Metropolen, aber auch bei uns auf den lokalen Nachahmer SBH-Gida zeigt. Erfreulicherweise ist der Kreis derer, die sich gegen jede Form von Ausländerfeindlichkeit stellen, bundesweit wahrnehmbar. Das ist auch gut so, schließlich sind wir als Gesellschaft auf Zuwanderung angewiesen, um unseren Wohlstand und unsere sozialen Sicherungssysteme in der bekannten Form auch künftig bewahren und finanzieren zu können. Um nur eine Zahl zu nennen: Wir brauchen eine Netto-Zuwanderung von 400.000 Menschen pro Jahr, um den Status quo zu halten.



[Christlich-abendländische Kultur und freiheitlich demokratische Grundordnung sind unantastbar](#)

Das Schüren von Angst und Vorurteilen ist in diesem Sinne wenig hilfreich. Es verunsichert

die Bürgerinnen und Bürger und schreckt gerade gut qualifizierte Zuwanderer ab. Das gilt gerade auch für den Islam. Diese Religion gibt es schon seit Jahrhunderten auch in Deutschland. Heute leben etwa 4 Mio. Muslime in Deutschland. Der weit überwiegende Teil von Ihnen lebt gut integriert, zahlt Steuern und besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft. Nur ein verschwindend geringer Anteil von Ihnen ist radikalisiert und lehnt die mit unserem Grundgesetz verbrieften Werte ab. Mein Kenntnisstand geht von einer Zahl um 0,5 % aus. Natürlich werden wir eine solche Haltung nicht tolerieren und alles in unserer Macht stehende unternehmen, um unsere Werte, unsere Freiheit und unsere gesellschaftlichen Errungenschaften vor solchen Extremisten zu schützen. Diejenigen, die sich kriminell verhalten oder nicht im Sinne unseres durch das Grundgesetz bestimmten Rechtsrahmens leben wollen, werden wir mit adäquaten Antworten, Gesetzen und staatlicher Macht im Sinne unseres Rechtsstaates entgegentreten. Schließlich ist und bleibt bei uns die christlich-abendländische Kultur maßgeblich. Wer bei uns leben möchte, muss sich an unsere Gesellschaftsordnung anpassen. Burka und Scharia sowie parallele Rechtsstrukturen haben keinen Platz in Deutschland!

[Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit bedarf einer Überprüfung](#)

Und natürlich ist die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus auch für die Menschen real. Das haben uns nicht zuletzt die Vorfälle in Frankreich oder Belgien in tragischer Weise vor Augen geführt. Dennoch rufe ich zur Besonnenheit auf. Die Lage in unserem Land wird nicht besser, wenn wir alle muslimischen Mitbürger unter Generalverdacht stellen. Allerdings dürfen wir dem Treiben einzelner Radikaler nicht tatenlos zuschauen. Vielmehr müssen wir uns immer wieder fragen, was uns unsere Sicherheit und unsere Freiheit wert sind. Beide stehen in einem nicht auflösbaren Spannungsfeld, schließlich gibt es mehr Sicherheit immer nur bei einer zunehmenden Einschränkung der Freiheit. Ich bin der Meinung, dass es richtig ist, dass wir uns für mehr Sicherheit einsetzen müs-

sen. Die von den EU-Innenministern aufgegriffenen Vorschläge wie eine bessere Nutzung des Schengen-Informationssystems, ein automatisierter Austausch von Fluggastdaten oder ein Verbot verschlüsselter Chat-Programme gilt es nun ernsthaft zu prüfen. Aber auch innenpolitisch müssen wir uns fragen, ob unsere Geheimdienste personell und materiell richtig aufgestellt sind und ob eine generelle und ausgeweitete Einführung der Vorratsdatenspeicherung nicht hilfreich sein könnte, um Terroranschläge gegen unser Land verhindern zu können. Natürlich gibt es keine absolute Sicherheit. Aber auf das große Glück, dass wir auf Dauer von einem terroristischen Akt wie in London, Paris oder Brüssel verschont bleiben, dürfen wir nicht blind vertrauen.

[Dialog mit Schülern der Zinzendorfschulen aus Königfeld und Schülern des Deutenberg-Gymnasiums aus Villingen-Schwenningen in Berlin](#)

Eine Schulklasse der Zinzendorfschulen aus Königfeld und ihr Gemeinschaftskundelehrer Thomas Kreiße sowie eine Schulklasse des Gymnasiums am Deutenberg aus Villingen-Schwenningen vertieften im Rahmen einer Berlin-Exkursion ihre Kenntnisse über das politische System unseres Landes. Ich habe mich sehr gefreut, persönlich mit den Jugendlichen aus meiner Heimat sprechen und vor allem diskutieren zu können. Beide Schulklassen kannte ich bereits aus früheren Schulbesuchen. Somit hatten sie von Anfang an keinerlei Berührungsängste in unserem Gespräch, das in einer lebhaften Diskussion mündete.



Die jungen Gäste aus dem Schwarzwald gingen sofort in die Vollen und löcherten mich mit zahlreichen Fragen zu aktuellen politischen Themen. Dabei interessierte sie vor allem der gerade erst von der Bundesregierung vorgestellte Jahreswirtschaftsbericht, die aktuellen Geschehnisse nach der Parlamentswahl in Griechenland sowie mögliche Auswirkungen auf die EU und natürlich spielten auch die Krisen in der Ukraine wie auch der Terror des Islamischen Staates eine Rolle. Der Austausch mit den Schülerinnen und Schülern hat mir sehr viel Freude bereitet, insbesondere weil sie so viele fundierte Fragen gestellt haben und über profunde politische Kenntnisse verfügen. Von Politikverdrossenheit und Desinteresse sind diese Schüler meilenweit entfernt. Zum Abschluss wünschte ich den Klassen mit ihren Lehrern spannende und interessante Eindrücke aus der Bundeshauptstadt.



[Aktuelles aus dem Wahlkreis](#)

[Gespräch mit dem IHK-Jugendbeirat – Anliegen und Ziele der jungen Generation sind wichtig](#)

Der IHK-Jugendbeirat wurde im Herbst 2013 mit dem übergeordneten Ziel ins Leben gerufen, Jugendliche in der Region zu halten und Ihnen die Möglichkeit zu geben, aktiv an der Zukunft des Wirtschaftsstandortes Schwarzwald-Baar-Heuberg mitzugestalten. Für mich war dieser Termin mit den insgesamt 11 Mitgliedern sehr wichtig, um mit Jugendlichen und Auszubildenden vor Ort zu sprechen und nicht über sie. Wie erwartet konnte ich durch die Ideen und Ansprüche der jüngeren Generation insbesondere mit Blick auf das Arbeitsleben wertvolle Impulse für meine

Arbeit in Berlin mitnehmen. Ganz deutlich ist für mich, dass es in Zeiten sich abzeichnender Abwanderung junger Auszubildender, des zunehmenden Fachkräftemangels und demografischen Wandels, neuer Karrierewege und hochtechnisierter und multimedialer Arbeitswelten darum geht, den Blickwinkel zu schärfen und an allen denkbaren Stellschrauben zu drehen.



Neujahrsempfänge in Hüfingen, Niedereschach, Villingen-Schwenningen, Wolfach, Blumberg und Furtwangen

Als Abgeordneter war ich bei unterschiedlichen Neujahrsempfängen im gesamten Wahlkreis zu Gast. Diese bieten mir immer eine gute Gelegenheit, um schon früh im Jahr mit den Entscheidungsträgern vor Ort ins Gespräch zu kommen und mir von den Belangen der Städte, Gemeinden und Institutionen ein Bild zu machen. Zu Ehren ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie auch der ehrenamtlichen Gemeinderäte richtete die Stadt Hüfingen den diesjährigen Neujahrsempfang aus. Das unterstreicht für mich, wie wichtig eine funktionierende Verwaltung für das Erreichen der gesetzten Ziele ist und welchen Anteil die Gemeinderäte am Erfolg und dem Gelingen einer nachhaltigen Stadtpolitik haben. Dieser Aspekt wurde ebenfalls bei der 29. Brotspende in Niedereschach deutlich. Die Existenzgründeroffensive Niedereschach (EGON) fördert lokale Start-ups mit der Erfahrung langjähriger Unternehmer und wurde von der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ der Bundesregierung und dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) für ihr ehrenamtliches Lotsenprogramm ausgezeichnet. Der Empfang in Villingen-Schwenningen und das Reh-Essen der CDU Furtwangen machten für mich deutlich, wie solide und vorausschauend zukunftsorientierte Stadtpolitik heute vor Ort betrieben wird. Besonders ist mir die Aufnahme der sieben

Schwarzwaldgemeinden Vöhrenbach, Furtwangen, Gütenbach, Triberg, Schonach, Schönwald und Unterkirnach in das Förderprogramm LEADER des Landes Baden-Württemberg. Ich bin sicher, die vorgesehene Fördersumme i.H.v. 4 Mio. Euro wird den vom demografischen Wandel besonders stark betroffenen Schwarzwaldgemeinden über die gesamte Förderperiode von sieben Jahren viele positive Impulse bescheren.



90 Jahre Salinen Café Schwenningen – Thorsten Frei gratuliert zu besonderem Jubiläum

Ein ganz besonderes Jubiläum feierte das Salinen Café in Schwenningen. Vor etwa 50 geladenen Gästen gratulierte ich sehr gerne zum 90. Jahrestag und drückte der Familie Singer, die die Bäckerei, Konditorei und das Kaffeehaus mittlerweile in der vierten Generation betreibt, meine Hochachtung und besten Glückwünsche aus. In meinem kurzen Grußwort war es mir wichtig zu verdeutlichen, welchen Stellenwert der Meisterbrief, die duale Ausbildung und das traditionelle Handwerk als Erfolgsgarant unserer Region hat, denn die familiengeführten mittelständischen Betriebe sind als sichere Anker für Wirtschaft und Gesellschaft anzusehen. Hier sprechen 5,2 Millionen Beschäftigte und 140.000 jugendliche Auszubildende eine eindeutige Sprache. Ich wünsche natürlich dem Salinen Café viel Erfolg für die Zukunft und bestenfalls weitere 90 Jahre im Herzen Schwenningens.



Abendveranstaltung beim Lions Club Triberg

Passend zu einem der thematischen Schwerpunkte des laufenden Clubjahres hatte mich die amtierende Lions Club-Präsidentin Claudia Knab nach Triberg eingeladen. Dieser Einladung bin ich sehr gerne gefolgt und berichtete zu den aktuellen außenpolitischen Themen von meiner politischen Arbeit in Berlin. Ich berichtete insbesondere von meiner Mitwirkung im Auswärtigen Ausschuss sowie in den Arbeitskreisen Kommunalpolitik und Mittelstand und legte aus aktuellem Anlass besonderen Wert auf die Bereiche Zuwanderung, Flüchtlingszuzug und religiösen Fanatismus und Terrorismus. Mit einem Appell zu mehr Toleranz und gegenseitiger Wertschätzung und Rücksichtnahme, schloss ich meine Ausführungen. Anschließend ergab sich eine rege Diskussion mit den anwesenden Clubmitgliedern wie auch den eingeladenen Gästen des befreundeten Rotary-Clubs Furtwangen-Triberg. Dabei wurden auch brandaktuelle Themen wie die jüngste EZB-Entscheidung zum Ankauf von Staatsanleihen in Europa mit über 1,0 Billionen Euro, die Pegida-Bewegung in Sachsen, die Mütterrente und der Mindestlohn nicht ausgespart.

Nächste Bürgersprechstunde am 19. Februar 2015 von 15.00 bis 17.00 Uhr

Wenn Sie ein Anliegen haben, bin ich gerne für Sie da. Meine nächste Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro (Justinus-Kerner-Straße 5 in 78048 Villingen-Schwenningen) findet am Donnerstag, 19. Februar 2015 von 15.00 bis 17.00 Uhr statt. Um die Gespräche besser koordinieren zu können, bitte ich Sie um vorherige Anmeldung bei meinem Mitarbeiter Bernd Böhm per E-Mail unter thorsten.frei.ma03@bundestag.de oder telefonisch unter der Nummer 07721 / 99 535 44. Ich freue mich schon heute auf zahlreiche anregende Gespräche und hoffe, in der einen oder anderen Gelegenheit mit Rat und Tat behilflich sein zu können.

Weitere Informationen erhalten Sie auch unter diesem [Link](#).

Eine Milliarde Euro für die Berufseinstiegsbegleitung - Schulen im Schwarzwald-Baar-Kreis profitieren ab März 2015 von ESF-Bundesprogramm

Jugendliche und junge Erwachsene, denen es schwer fällt, den Schulabschluss zu erlangen und die damit Gefahr laufen, den erfolgreichen Berufsstart zu verpassen, brauchen besondere Unterstützung. An diese jungen Menschen richtet sich die Berufseinstiegsbegleitung, die Hilfe und Unterstützung beim Erreichen des Schulabschlusses, bei der Berufswahl sowie bei der Aufnahme einer Berufsausbildung gibt. Sie soll an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen, die zum Förder-, Haupt- oder gleichwertigen Schulabschluss führen, ermöglicht werden. Ziel ist es, keinen Jugendlichen auf dem Weg zu einem Schulabschluss und einer Berufsausbildung zurückzulassen. Deshalb ist mir ganz besonders wichtig, dass auch Schulen im Schwarzwald-Baar-Kreis ausgewählt wurden und bereits sehr kurzfristig Mittel aus diesem Programm erhalten können. Diese Möglichkeiten haben in Villingen-Schwenningen die Gemeinschaftsschulen Goldenbühlschule und Bickebergschule sowie die Werkrealschule am Deutenberg. Darüber hinaus sind die Werkrealschule an der Viktor-von-Scheffel-Schule in Blumberg, die Eichendorfschule Donaueschingen als Grund- und Werkrealschule sowie die Werkrealschule am Ilben in Furtwangen Teil des Bundesprogramms. Besonders wichtig erscheint mir diese Entscheidung mit dem übergeordneten Ziel vor Augen, Jugendliche in der Region zu halten. In Zeiten des zunehmenden Fachkräftemangels und demografischen Wandels, neuer Karrierewege und hochtechnisierter und multimedialer Arbeitswelten geht es darum, den Blick zu schärfen und an allen denkbaren Stellschrauben zu drehen. Die Berufseinstiegsbegleitung ist ein Instrument zur Integration von jungen Menschen in den Arbeitsmarkt. Diese Maßnahme der Bundesagentur für Arbeit ist zur Hälfte von einem Dritten mitzufinanzieren. Hier sind in erster Linie die Länder gefordert, da es sich um Maßnahmen am Übergang von der Schule zur beruflichen Ausbildung handelt und hier eine gemeinsame Verantwortung von Ländern und der Bundesagentur für Arbeit besteht. Da die Länder die Kofinanzierung

nicht erbringen konnten, ist es jetzt gelungen, aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) die Finanzierung bis zum Schuljahr 2018/2019 zu sichern. Insgesamt stehen rund 1 Milliarde Euro zur Verfügung, jeweils 530 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds sowie aus dem Eingliederungstitel der Bundesagentur für Arbeit.

Mehrgenerationenhäuser benötigen tragfähige Rahmenbedingungen

Die auf das Engagement der CDU zurückgehenden Mehrgenerationenhäuser leisten heute in vielen Kommunen einen unverzichtbaren Beitrag für ein gutes gesellschaftliches Miteinander. Mein Ziel ist es, die von der Union geschaffenen Strukturen zu erhalten. Deshalb freue ich mich, dass die Bundesfamilienministerin dieses Ziel und die von CDU und CSU erarbeitete Idee der Mehrgenerationenhäuser tatkräftig mit der Fortführung der Bundesförderung auch in diesem Jahr unterstützt. Ministerin Schwesig ist allerdings gefordert, ein tragfähiges Konzept so rechtzeitig vorzulegen, dass das Signal und die guten Aussichten tatsächlich in einer Planungssicherheit münden.



Weitere Informationen über dieses Thema erhalten Sie [hier](#).

Digitalisierung fängt mit IT-Sicherheit an

Deutschland gerät wegen seiner Forschung und Entwicklung aber auch wegen seiner freiheitlich-demokratischen Gesellschaft immer stärker in das Visier von sog. Cyberattacken. Dabei ist es egal, ob es um einen rein wirtschaftlichen Schaden durch Diebstahl von geistigem Eigentum geht oder um terroristische Absichten von radikalen Gegnern unserer Werte. Es geht schlichtweg darum, dass wir unsere Fähigkeiten und Kapazitäten zum Schutz unserer Freiheit, unserer Gesellschaft und unseres Eigentums verbessern. Folgerichtig hat die Bundesregierung den Entwurf für ein IT-Sicherheitsgesetz zum Schutz kritischer Infrastrukturen beschlossen. Damit werden Betreiber bspw. von Krankenhäusern, Telekommunikationsnetzen oder Kraftwerken künftig verpflichtet, Mindeststandards bei der IT-Sicherheit einzuhalten und Vorfälle zentral zu melden. Lesen Sie [hier](#) meine Pressemitteilung zu diesem Thema nach.

Erfolgreicher Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg

Die CDU Baden-Württemberg geht geschlossen in den Landtagswahlkampf. Beim Landesparteitag in Ulm haben wir Guido Wolf mit einem hervorragenden Ergebnis zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl im März 2016 gewählt. Über dieses Ergebnis habe ich mir sehr gefreut. Ich gratuliere Guido Wolf herzlich und wünsche ihm viel Tatkraft, Entschlossenheit und Gottes Segen für die kommenden Monate. Die Zeichen stehen gut: Gemeinsam geht es nun gegen Grün-Rot, um künftig wieder einen CDU-Ministerpräsidenten - einen von uns - in Baden-Württemberg zu stellen.

Thorsten Frei MdB

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: www.facebook.de/ThorstenFreiCDU